

Frauen leisten Widerstand!

Frauen machen 52 % der Weltbevölkerung aus. Leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden. Erhalten nur 1/10 des Welteinkommens. Besitzen 1/100 des Weltvermögens! Am 8. März ist internationaler Frauentag. Ein Tag, an dem auf der ganzen Welt Frauen für ihre Rechte auf die Straße gehen. Rechte, die zunehmend beschnitten werden. Denn zur wirtschaftlichen Krise gesellt sich eine konservative Wende, deren Umsetzung hauptsächlich männliche Politiker vorantreiben.

von Isa Breier
SOV Wien Ost

Frauen sollen sich damit begnügen, als Menschen zweiter Klasse betrachtet und als solche unterdrückt und ausgebeutet zu werden. Bei gleicher Qualifikation, bei gleichen Bedingungen verdienen sie um 43 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Erwerbstätigkeit bedeutet allerdings lediglich einen Teil der von Frauen geleisteten Arbeit. Haushalt und Kindererziehung stellen ungeheure Belastungen dar, die nach wie vor beinahe ausschließlich den Frauen, dafür bloß mit „Kost und Logis“ belohnt, aufgebremst werden. In allen Lebensbereichen - ob am Arbeitsplatz, in der Familie, bei der Bildung und im kulturellen Leben - begegnet frau ständiger Benachteiligung. Frauen werden zum „schwachen Geschlecht“, das, weil „von Natur aus“ emotional, anlehungsbedürftig, des Schutzes und der Bevormundung bedarf, degradiert. Darüber hinaus paßt sich das jeweils aktuelle Frauenbild den Bedürfnissen der Wirtschaft an.

In Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs, z.B. im Österreich der 50er und 60er Jahre, bestand für die Unternehmer die Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit von Frauen. Doch die Zeiten haben sich geändert. Heute gibt es ein Überangebot an Arbeitskräften, die Arbeitslosigkeit steigt. EU-weit sind rund 20-30 Millionen arbeitslos, und auch in Österreich liegt die Zahl offiziell bei 300.000 (inoffiziell noch darüber).

Frauen, die ersten Opfer von Rationalisierung und Flexibilisierung, werden verstärkt aus dem beruflichen Leben gedrängt. Das Ergebnis: entweder Erwerbslosigkeit (Männer als angebliebene „Familienernährer“

sind eher zu behalten) oder unsicherer und noch schlechter bezahlte Jobs. Nur noch 42 % aller Frauen befinden sich in einem Normal-Arbeitszeit-Verhältnis.

Viele Frauen arbeiten als „geringfügig Beschäftigte“ und sind mit einem Monatseinkommen von unter öS 4000,- nicht einmal sozialversichert. Fast 90 % aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen (19 % aller Frauen, 2 % aller Männer). Frauen arbeiten teilzeit, weil sie sich zusätzlich zum Job noch um Haushalt und Kinder kümmern müssen. Sie werden erpreßbarer und geben sich somit auch mit der miesen Bezahlung der Teilzeijobs „zufrieden“. Eine Situation, die von den Unternehmern leicht ausgenutzt wird.

Keine Chance am Arbeitsmarkt

46.000 Frauen in Österreich werden zur Arbeitslosigkeit gezwungen, weil sie keine Betreuungsplätze für ihre Kinder gefunden haben. Vor allem außerhalb Wiens wissen die Frauen oft nicht, wo sie die Kinder unterbringen können. Von Ganztagesplätzen gar nicht zu sprechen. Auf diese Weise wird es vielen Frauen unmöglich gemacht, nach der Karenzzeit (wieder) ins Berufsleben einzusteigen - zusätzlich zur schlechten Arbeitsplatz-Situation.

Sind Frauen erst einmal ohne Arbeitsplatz, ist es schwer, diesen Umstand wieder zu verändern. 1996 betrug die Arbeitslosenquote für Frauen 6,1 %, für Männer 4,8 %. Dazu kommt noch, daß Frauen im Vergleich länger als Männer arbeitslos bleiben. 1995 waren Frauen durchschnittlich 126 Tage, Männer 109 Tage auf Arbeitssuche. Frauen erhalten wegen der niedrigeren Löhne auch weniger Arbeitslosengeld und Notstandshilfe.

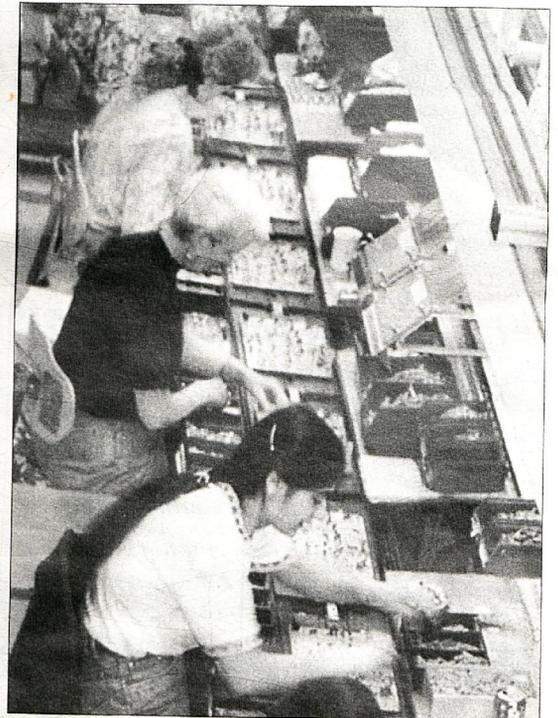
Konservative Trendwende

Damit wir alle diese Ungleichbehandlung brav akzeptieren, wird sie ideologisch „begründet“. Konservative Autoren und reaktionäre Publikationen stimmen ein in das Hohelied auf die Frau als „Hausfrau und Mutter“. Sie fordern: „Die Frau soll sich ihrer biologischen Rolle besinnen“. Oder wie es „hochwissenschaftlich“ in einer FPÖ-Familienbroschüre heißt: „Eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch Abbau der Frauenbeschäftigung“ muß erreicht und die „Verfügbarkeit der Mutter für Kinder und Familie“ sichergestellt werden. Die Frau soll schweigen und arbeiten (allerdings ohne Bezahlung), Kinder gebären und für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zur Verfügung stehen - in immer jener Form, die gerade gebraucht wird.

Sparen auf Frauenkosten

Der Sparhysterie der Regierung sind vor allem Frauen zum Opfer gefallen. Ein Umstand, der nicht zufällig mit der konservativen Trendwende zusammentrifft. Die Frau soll wieder mehr Aufgaben vom Staat übernehmen und den Arbeitsmarkt „entlasten“. Die Sparpakete 1 + 2 beinhalten eine Reihe von Kürzungen bei Frauen: die Geburtenbeihilfe wurde gestrichen, die Karenzgeldbezugsdauer für Alleinerzieherinnen von 24 auf 18 Monate gekürzt, und unter den Einsparungen im Bildungswesen leiden v.a. Frauen.

Durch die Regierungsmaßnahmen werden immer mehr Frauen in die Armut gedrängt - und die ist in Österreich meist weiblich: Ein Drittel aller Alleinerzieherinnen muß mit monatlich weniger als öS 6.300,- auskommen. Die verkürzte Karenzzeit bedeutet, daß Frauen früher wie-



der arbeiten gehen müßten. Da sie aber keinen Kindergartenplatz finden, gelten sie als „Arbeitsverweigerinnen“ und verlieren Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe. Die wenigen Schutzbestimmungen für Frauen, die den offensichtlich ungleichen Verhältnissen entgegenwirken sollten, werden heute unter dem Vorwand der „Gleichbehandlung“ aufgegeben. Bestes Beispiel: das Nachtarbeits-Verbot für Frauen.

Wir kämpfen für gleiche Rechte

Im April findet in Österreich das „Frauen-Volksbegehren“ statt, das einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellt - aber eben nur einen allerersten! Eine Unterschrift reicht nicht aus, um miese Bezahl-

ung, ungleiche Behandlung und gesellschaftliche Diskriminierung zu beenden. Dazu braucht frau organisierten Widerstand - ein Ziel, das sich der Vorwärts-FrauenStammstisch gesetzt hat.

Wir treffen uns:

Jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr im Zentrum Erdberg (3., Lechnerstr. 2-4; im Innenhof)

**Flexibilisierung
Arbeiterpartei
FPÖ?**

**Wer macht
Haider?**

**Weltweiter
Widerstand**

Der Standpunkt

15. Juni 1997: Europamarsch gegen Arbeitslosigkeit

20 bis 30 Millionen Menschen sind im EU-Europa ohne Job. Keine Regierung, keine internationale Konferenz, die nicht den Kampf gegen Arbeitslosigkeit zur heiligsten Pflicht erklärt hätte. Die gesetzten Maßnahmen laufen eintönig in dieselbe Richtung: Gegen jene, die arbeiten und gegen jene, die arbeitslos sind. Mehr arbeiten um weniger Geld, Kürzungen von Unterstützungen oder Hundstrümmeln wegräumen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (jüngster ÖVP-Vorschlag) - das ist alles, was der offiziellen Politik einfällt.



von John Evers

Die jetzige Phase des Kapitalismus "zeichnet" sich dadurch aus, daß nicht einmal das elementare Recht auf Arbeit im Rahmen der bestehenden wirtschaftlichen Ordnung umgesetzt werden kann. Die Produktivität wächst wesentlich schneller als die Löhne. Fehlt aber das Einkommen, sinkt die Nachfrage und die Produktion muß gesenkt werden. Fortschritt und Investitionen produzieren in erster Linie mehr Arbeitslose und keineswegs mehr Wohlstand. Tausende Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze werden vernichtet. Neue Arbeitsplätze entstehen im wesentlichen durch die Atomisierung bestehender Arbeitsverhältnisse - ein früher lebenslanger Job wird in viele "flexible Einheiten" umgewandelt. Das bringt Vorteile für die Unternehmer, geschönte Statistiken und permanente Unsicherheit für die Beschäftigten.

Oder Arbeit wird dort geschaffen, wo sie glücklicherweise bereits verschwunden war: Im Dienstleistungsbereich, wo menschliche Arbeitskraft wieder billiger wird als Maschinen - als Schulputzer, Stubenmädchen, Dienstmädchen... Das vielbeschworene "Jobwunder" à la USA wird unter Betrachtung dieser beiden Gesichtspunkte etwas entmystifiziert. Das eigentliche Drama ist die Sprachlosigkeit der europäischen Gewerkschaften. Die Maastrichtverträge und die Einführung des EURO werden als Möglichkeit gesehen, die wirtschaftliche Krise und damit die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Tatsächlich wurden im Zuge der Umsetzung der Maastricht-Kriterien Arbeitsplätze - vor allem im öffentlichen Dienst - vernichtet.

Am 15. Juni 1997 findet in Amsterdam ein europaweiter Marsch gegen Arbeitslosigkeit statt. Dieser Marsch ist eine Chance, wenn ihn Arbeitslosenorganisationen, aktive GewerkschafterInnen und SozialistInnen als Ansatzpunkt für eine internationale Kampagne gegen das Maastricht-Europa der Unternehmer verstehen. Eine breite Mobilisierung nach Amsterdam wäre ein geeigneter erster Schritt. In Österreich hat sich ein Komitee für den 15. Juni gebildet. Der ÖGB hat seine in Aussicht gestellte Unterstützung für den Euromarsch übrigens wieder zurückgezogen ...

Gleiche Rechte!

Uns reicht's - wir schlagen zurück!

Das Frauenprogramm der Sozialistischen Österreichischen Frauenbewegung

Das Frauenprogramm der SOV
Zweite, völlig überarbeitete Auflage erschienen (60 Seiten)

JETZT BESTELLEN!!!

Entweder anrufen: 0222/ 524 63 10 oder sechs 7,5-Briefmarken an SOV, Kaiserstr.14/11, 1070 Wien schicken

Frauenvolksbegehren

Frauen begehren auf

Vom 7. bis zum 14. April findet ein Frauenvolksbegehren statt - initiiert vom UFF! - dem Unabhängigen Frauen Forum. Die Idee dazu entstand am Internationalen Frauentag 1996, als anlässlich des zweiten Sparpaketes über Protest-Formen nachgedacht wurde.

von Claudia Sorger
SOV-Frauensprecherin

Ein kleiner Erfolg ist das Medienecho - allerdings nicht nur ein Positives. Eigentlich traurig, daß Frauen zu solchen aufwendigen und "spektakulären" Mitteln greifen müssen, um das „ewige“ Thema der Frauen-diskriminierung in Diskussion zu bringen und vor allem die Parteien unter Druck zu setzen. SPÖ, Grüne und Liberale unterstützen es. Die ÖVP lehnte es dezidiert ab - Maria Rauch-Kallat bezeichnete das Frauenvolksbegehren als kontraproduktiv, weil ihrer Meinung nach die meisten Forderungen Nachteile für Unternehmer bedeuten. Unternehmer-

rechte vor Frauenrechte - typisch ÖVP.

Regina Kern, eine der Initiatorinnen: „Es ist wichtig, daß viele Frauen das Volksbegehren unterschreiben. Die enorme Anzahl der Anrufe, die wir bekommen haben, zeigt, wie groß die Unzufriedenheit der Frauen ist. Das Frauenvolksbegehren muß erfolgreich sein.“

Viele Frauen sehen im Frauenvolksbegehren eine Möglichkeit, ihre Rechte durchzusetzen. In vielen Bundesländern haben sich Unterstützungsgruppen gebildet. Aber sogar wenn eine Million Menschen unterschreibt, hat das auf gesetzlicher Ebene keine zwingenden Auswirkungen. Lippenbekenntnisse der

Unabhängiges Frauen Forum

52%

Parteien reichen aber nicht - wenn die SPÖ das Frauenvolksbegehren ernsthaft unterstützt, müßte sie auch die Kürzungen zurücknehmen, die die Situation vieler Frauen verschlechtert haben. Jetzt ist es wichtig, das Frauenvolksbegehren zu unterstützen - als Auftakt für mehr und breiteren Protest. Dazu muß eine andere Struktur geschaffen werden, die nicht in erster Linie auf Promi-Frauen setzt, sondern Arbeiterinnen und Jugendliche anspricht und einbindet.

Die UnterzeichnerInnen des Frauenvolksbegehrens fordern den Beschluß folgender bundesgesetzlicher Maßnahmen: Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist im Bundes-Verfassungsgesetz zu verankern. Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) verpflichtet sich zum aktiven, umfassenden Abbau der Benachteiligungen von Frauen. Die tatsächliche Gleichberechtigung ist insbesondere durch folgende gesetzliche Maßnahmen herzustellen:

- Unternehmen erhalten Förderungen und öffentliche Aufträge nur, wenn sie dafür sorgen, daß Frauen auf allen hierarchischen Ebenen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten sind.
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist anzustreben. Deshalb ist ein Mindesteinkommen von öS 15.000,- brutto, das jährlich dem Lebenskostenindex angepaßt wird, zu sichern.
- Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind arbeits- und sozialrechtlich der vollen Erwerbstätigkeit gleichzustellen.
- Keine Anrechnung des Partner-
- Ineinkommens bei Notstandshilfe und Ausgleichszulage.
- Die Gleichstellung der Frauen muß auch durch staatliche Bildungsmaßnahmen gefördert werden. Die Bundesregierung hat geschlechtsspezifische Statistiken zu den Themen Beruf und Bildung zu veröffentlichen.
- Jeder Mensch hat das Recht, Beruf und Kinder zu vereinbaren. Daher hat der Gesetzgeber für die Bereitstellung ganztägiger qualifizierter Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen zu sorgen. Tagesmütter sind auszubilden und ar-

beits- und sozialrechtlich abzusichern.

- Zwei Jahre Karenzurlaub für alle AlleinerzieherInnen.
- Gesetzlich garantierter Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum Schuleintritt ihres Kindes mit Rückkehrrecht zur Vollzeitarbeit.
- Ausdehnung der Behaltefrist am Arbeitsplatz nach der Karenzzeit auf 26 Wochen.
- Jeder Mensch hat das Recht auf eine Grundpension, die nicht unter dem Existenzminimum liegen darf. Wenn ein/e Lebenspartner/in nicht erwerbstätig ist, hat der/die andere dafür Pensionsbeiträge zu zahlen. Kindererziehung und Pflegearbeit wirken pensionsershöhend.
- Keine weitere Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen, bevor nicht die tatsächliche Gleichberechtigung in allen Bereichen gegeben ist.

Kommen Studengebühren?

Weitere Angriffe auf StudentInnen geplant?

Die bisherigen Sparpakete brachten den Studierenden Verschlechterungen im Lehrbetrieb sowie Verschärfungen der sozialen Situation. Gleichzeitig wird der Einfluß großer Konzerne auf Lehrinhalte und Bildungsangebote immer stärker und direkter. Kommen nun auch noch Studiengebühren auf uns zu?

von Gustav Nowotny
SOV Wien Nord

Die gesetzten Einschnitte waren sicher nicht die letzten. So sind u.a. auch immer wieder Studiengebühren im Gespräch. SPÖ-Finanzsprecher Nowotny lehnte diese zuletzt (noch) ab; Wissenschaftsminister Einem steht ihnen „kritisch“ gegenüber - aber es gibt auch aus der SPÖ schon Stimmen für die Gebühren. Argumentiert wird das mit sozialer Gerechtigkeit - aber eben mit dieser Be-

gründung wurden Studiengebühren abgeschafft. Eindeutige Worte sprach Dieter Lukesch, ÖVP-Wissenschaftssprecher. Er hält Studiengebühren für „sinvoll“, da diese „zu mehr Selbstverantwortung der Studierenden und kürzeren Studienzeiten führen würden“. Spricht man jedoch eine/n „durchschnittliche/n“ StudentIn auf „rasches Studieren“ an, so reagiert er/sie wohl nur mit einem müden Lächeln. Insbesondere in stark besuchten Studienrichtungen (Medizin, Jus) bzw. bei den Geisteswissenschaften herrschen katastrophale Betreuungsverhältnisse. Einführungsverlesungen werden gestrichen und Praktikumsplätze nach Prüfungsnoten vergeben (letzte

waren bisher - wenn positiv - im Grunde irrelevant). Der Verdrängungswettbewerb an den Unis geht mittlerweile so weit, daß z.B. bei Prüfungen der Schwerpunkt immer mehr auf „Aussieben“ gelegt wird. Die „Knock-out-Prüfungen“ sind längst Realität. StudentInnen, welche nebenbei arbeiten müssen (und das ist die Mehrheit), haben dann wohl Pech gehabt.

Studiengebühren können für all jene, die nicht „g'schtopft“ sind, das Ende des Studiums bedeuten. Oder sie studieren ein Fach, das von der Wirtschaft mittels eines Stipendiums gesponsert wird.

Durch die Hintertür

Um der Kritik der Studierenden zu entgehen, wird schon seit längerem versucht, l. eine Stimmung für die Gebühren über die Medien zu erzeugen („Die faulen Studenten sollen

endlich was tun“) und 2. diese unter anderem Namen zu verkaufen. Es werden allerlei „Modelle“ kreiert und diskutiert. Z.B. Modell „Studium auf Kredit“ (in Deutschland das BaFög): Die Studierenden erhalten während des Studiums Unterstützung, die sie ab dem Eintritt ins Berufsleben wieder zurückzahlen müssen. Ergebnis: Studiert wird, was Geld bringt, nicht, was interessiert, und ein Studienwechsel ist fast ausgeschlossen. Eine Variante dieses Modells: Für jedes über die Mindestzeit liegende Semester wird dem/der Studierenden eine Strafe in Rechnung gestellt, die dann ebenfalls zurückgezahlt werden soll.

Es gibt aber auch das Modell „Inskriptionsgebühren“, bei dem am Semesteranfang für die Inskription bezahlt werden muß. (Auch das wird in Deutschland bereits praktiziert: je nach Uni müssen die Studierenden einige hundert bis tausend Schilling



StudentInnenstreik 1996

pro Semester hinblättern.) Und dann gibt's noch Studiengebühren, die auch so heißen. Hier hängt die Höhe oft von der Qualität der Ausbildung ab. Die Idee hinter all diesen Modellen ist klar: ein, nur einer (reichen) Elite zugängliches, der Wirtschaft genehmes Bildungssystem.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offensive Vorwärts, 7, Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brückle, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellung- und Verlagsort: Wien

Auf zum 10-Stunden Tag und zur 50-Stunden-Woche!

Flexibel ins 21. Jahrhundert

ÖGB-Spitze und Wirtschaftskammer haben im Februar '97 eine Vereinbarung zur Einführung flexibler Arbeitszeiten beschlossen. Seit '96 gibt es Arbeitszeit-Modelle bei den Bauarbeitern und im Metallgewerbe. Bereits jetzt gibt es hunderte Kollektivverträge mit flexiblen Arbeitszeitmodellen auf betrieblicher Ebene. Unter flexibler Arbeitszeit (AZ) versteht man z.B.: Überstunden, Gleitzeit, Bandbreitenmodelle, Wochenend-, Schicht-, Dekaden- und Teilarbeit. Die Vereinbarung zwischen ÖGB und WK hat die Tür aufgestoßen: Es wird für die Unternehmer möglich, den 10-Stunden-Tag oder die 50-Stunden-Woche wieder einzuführen.

von Thomas Kerschbaum
Personalvertreter,
SOV Wien West

Die bisherige „Normalarbeitszeit“ verschwindet zusehends. Bereits jetzt arbeiten 300.000 Menschen mit Werk- und Freien Dienstverträgen und sind so jederzeit für die Bosse verfügbar. In den geschönten Worten der ÖGB-Bürokraten heißt das „beweglich & anpassungsfähig“ - in der Realität heißt Flexibilisierung aber „biegsam & beugbar!“

In allen öffentlichen Resolutionen berichtet die ÖGB-Führung von einem großen Erfolg der Gewerkschaft, spricht sie von „Vorteilen“ für die ArbeitnehmerInnen und davon, daß der Regelungsmechanismus ausschließlich der Kollektivvertrag (KV) sei. Die Realität wird Verzettelt und Co Lügen strafen.

Können sich die KV-Parteien nicht auf eine flexible AZ einigen, wird

von den „Sozialpartnern“ ein Vermittlungsverfahren eingerichtet. WK und ÖGB nominieren je zwei Mitglieder. Falls auch diese Schlichtungskommission scheitert, wird ein fünfter Schlichter bestellt. Wird der von dieser erweiterten Kommission erstellte Vorschlag von den KV-Parteien nicht umgesetzt, schließen WK und ÖGB einen KV ab, durch den der Vorschlag in der betroffenen der Vorschlag auf betrieblicher Ebene umgesetzt werden kann.

Die ÖGB-Führung will uns einreden, daß die Flexibilisierung für uns Vorteile hat. Den Unternehmern wird grundsätzlich erlaubt, die Arbeitszeit der Beschäftigten ohne Beschränkungen an ihre Bedürfnisse anzupassen: Auslastung der Maschinen, Abbau von Lohnkosten, stärkere Rationalisierung und neue Formen der Arbeitsorganisation wie schlanke Produktion, Deregulierung wie präkäre Arbeitsverhältnisse. Auf der

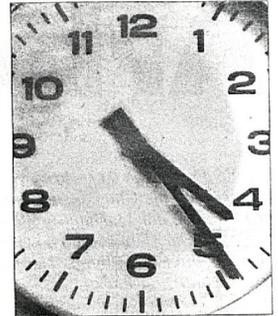
Strecke bleiben die planbare Freizeit, die soziale Sicherheit und Löhne, von denen man anständig leben kann. Die Flexibilisierung ist ein Instrument zur Rationalisierung zu Lasten der Beschäftigten. Ja, es werden keine Jobs geschaffen, sondern es gehen Arbeitsplätze verloren. Der Vorschlag „Arbeit teilen - Lohn teilen“ heißt auch nur Lohnverlust!

Über die Schlichtungsstelle, die, falls kein KV zwischen Fachgewerkschaften und Unternehmern zustande kommt - einen Vorschlag für „flexiblere Arbeitszeiten“ erstellt, geben in der letzten Instanz ÖGB-Führung und WK die Erlaubnis, daß Betriebs- und Einzelverträge erlaubt sind. Die Unternehmer erpressen aber die Betriebsräte und Beschäftigten ungeeignet mit Kündigungen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Flexibilisierung führt zu Lohnverlust. In der Praxis bestimmt nur der Boss - wenn es keinen kollektiven Schutz gibt. Da bleiben die angeblichen Vorteile nur Theorie. In Wirklichkeit verliert der KV an Bedeutung und die zentrale Führung des ÖGB gewinnt zu Lasten der Fachgewerkschaften.

Die Gewerkschaften werden Teil eines komplizierten Systems von Verhandlungen und Schlichtungskommissionen. Der Zwang zu festen Regeln von Verhandlungen und Schlichtung heißt nichts anderes, als

daß man jede spontane Aktion von Beschäftigten und Gewerkschaften unterbinden, diese fest in ein politisches Korsett einschnüren und knebeln will.

Diese ÖGB-Führung will nicht für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen, sondern hat sich mit Unternehmern und der WK arrangiert. Diese Art der Flexibilisierung führt zu Lohnverlust, zum Abbau von Schutzregelungen und zu einem Aufweichen der Kollektivverträge. Mit dem „Vermittlungsverfahren“ wird die Standort-Philosophie „der Wettbewerbsfähigkeit“ als ÖGB-Politik festgeschrieben. Alles, was zählt, ist der Profit der Aktionäre, der Kapitalisten und Spekulanten. Und wenn das nicht hilft, wird mit



Die Uhr nach der Firma stellen?

dem Hammer „Globalisierung“ auf die Beschäftigten eingeschlagen.
Mehr zum Thema Flexibilisierung:
„Flexible Arbeitszeiten“
bei der Redaktion anfordern
(bitte vier
5-Schilling-Marken beilegen)

Das Übereinkommen zwischen WK und ÖGB:

Die Durchrechnung der wöchentlichen AZ kann durch KV über einen Zeitraum von 52 Wochen zugelassen werden. Es werden Jahresarbeitszeitmodelle eingeführt werden, wenn es mehrwöchige Freizeitblöcke gibt, wird die Durchrechnungszeit auch länger sein. Innerhalb dieser Zeit kann die Normalarbeitszeit mit 9 Stunden festgelegt werden. Aber: In Verbindung mit einer 4-Tage-Woche oder längerer Freizeitblöcke kann die Normalarbeitszeit auf 10 Stunden ausgedehnt werden. Die wöchentliche Normal-AZ kann wie bisher auf bis zu 50 Stunden - wenn die Durchrechnungszeit nicht mehr als 8 Wochen beträgt - ausgedehnt werden. Ansonsten ist nur eine Wochen-AZ von 48 Stunden möglich. Die normale AZ paßt sich der Produktion an - zeitlich unbeschränkt. Das heißt aber umgekehrt, daß den ArbeitnehmerInnen für die gleiche AZ weniger bezahlt wird. Wenn früher Spitzen der Produktion oder Dienstleistung durch Überstunden oder durch mehr Personal abgedeckt wurden, so entfällt dies.

1000.- Schilling für ein hochtechnologisiertes Bergbaumaschinenwerk

Privatisierung: Qualität hat ihren Preis?

In den letzten Jahren wurde unter Leitung der SPÖ der Boden für die Privatisierung der österreichischen Verstaatlichten vorbereitet und diese durchgezogen. Unterstützt wurde die SPÖ bei diesem Vorhaben durch die Gewerkschaftsbürokratie, die die Beschäftigten in den betroffenen Betrieben ruhig hielt und durch die Bürgerlichen mit ihren Sprachrohren, der österreichischen Zeitungs- und Medienlandschaft.

von Albert Kropf
SOV Linz

Die Medienhetze ging soweit, daß große Teile der österreichischen Bevölkerung tatsächlich glaubten, daß Privatisierung die beste Lösung, sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bevölkerung sei. Belegt wurde das alles durch „objektive“ Gutachten, die eine ständige Umstrukturierung der Verstaatlichten zur Folge hatten. Die anwachsenden Verluste der Verstaatlichten wurden zum Steckenpferd für die Privatisierungstreiber. Woher die Verluste kamen und warum viele österreichische Banken sich an den Zinszahlungen aus der Verstaatlichten eine goldene Nase verdienten, diese Frage stellte damals keiner. In der VOEST-Linz wurden z.B. noch kurz vor der Privatisierung die modernsten und teuersten Filteranlagen eingebaut, um das dem nachfolgenden Besitzer zu ersparen.

Daß die Privatisierung vor allem Arbeitsplatzvernichtung und Lohn- druck erzeugte, zeigte sich jüngst wieder am Beispiel der VA-Bergtechnik. Das hochtechnologisierte Bergbaumaschinenwerk in Zeltweg

wurde erst vor einem halben Jahr um unglaubliche 1.000,- Schilling an den finnischen Tamrock Konzern verkauft. 1981 arbeiteten noch 3000 Menschen in der VA-Bergtechnik. 1990 wurde der Betrieb in VA-Eisenbahnsysteme und VA-Bergtechnik geteilt. Damals arbeiteten noch 1400 in der VA-Bergtechnik.

Dabei wurde zwar angeblich die Übernahme der Schulden von rund einer halben Milliarde Schilling durch den finnischen Konzern vereinbart, wobei die ÖIAG noch eine Milliarde für Lagerkosten an die VA-Bergtechnik zahlte. Außerdem scheinen die österreichischen Verhandler wie auch die Gewerkschaftsvertreter auf eine Beschäftigungsgarantie „vergessen“ zu haben.

So soll der vor der Privatisierung auf 635 Mitarbeiter geschrumpfte Betrieb in der steirischen Krisenregion Aichfeld-Murboden jetzt für die Auftragsflaute im Bergbaumaschinenbau erhalten, nachdem der Umsatz im letzten Jahr um 20% zurückgegangen ist.

Durch eine Verlagerung und engere Zusammenarbeit mit dem finnischen Mutterkonzern soll es in den Bereichen EDV, Planung und Finanzwesen zu Kündigungen kommen. Die

vorereit der Konzernleitung angestrebten 300 Kündigungen im Produktionsbereich konnten in Verhandlungen zwischen dem Gesamtbetriebsrat und der Konzernleitung durch die Einführung von dreimonatiger Kurzarbeit vermieden werden. Weiters erreichte die Belegschaftsvertretung bei diesen Verhandlungen die Zusage der Firmenleitung, daß es einen Sozialplan für die über 50-jährigen Mitarbeiter geben wird. Auch hat die Firmenleitung zugesagt, daß es zu keinen „golden handshakes“, das heißt, daß den Mitarbeitern der freiwillige Abgang vom Betrieb durch finanzielle Zuwendungen schmackhaft gemacht werden soll, kommen wird. Die Offensive der Unternehmer geht in allen Lebensbereichen weiter, daher steht auch diese Lösung auf wackeligen Beinen.



Privatisierung bis kein Job mehr übrig ist

Über die derzeitige Situation und bestmögliche Verteidigungsstrategien führte Vorwärts ein Gespräch mit dem Betriebsrat der VA-Bergtechnik Sepp Kampl der als Vertreter der Oppositionsliste ULZ (=Überparteiliche Liste Zeltweg) im Arbeiterbetriebsrat sitzt.

Vorwärts: Kollege Kampl, wie ist die Stimmung im Betrieb?

Kampl: Die Kollegen haben keine Illusionen mehr. Durch die Privatisierung wird der Druck in Richtung Arbeitsplatzabbau weitergehen. Ich kann nur einen guten Sozialplan ausverhandeln.

V: Was erwartest du vom ÖGB?

K: Die ganze Privatisierung ist eine Suppe, die uns der ÖGB mit eingebracht hat und die wir jetzt auslöfen dürfen. Die ÖGB-Spitze hätte die Verstaatlichten verteidigen müssen. Bewegungen von unten hat es ja gegeben. 1986 die Großdemonstration aller Vöstler. 1989 haben wir in der Bergtechnik die Maschinen besetzt. Damals schrieb das Profil: „Kommunistisch dominierter Betriebsrat verhindert Sanierung der Verstaatlichten“. Damals hatten wir eine Chance, den Privatisierungsspieß umzudrehen.

V: OK, das sehen wir natürlich genauso, aber was erwartest du vom ÖGB heute?

K: Ich werde in der nächsten Sitzung



Vranz und Sepp

der ÖGB-Landesexekutive Steiermark, dem Kollegen Verzetnitsch ein Zitat von Otto Bauer vorhalten. Bauer meinte sinngemäß: „Solange sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung nicht die Eigentumsfrage stellen, werden die Gewerkschaft und die Sozialdemokratie immer wieder untergehen.“ Auch wenn wir als Marxisten keine Otto Bauer-Fans sind, muß man die Sozialdemokratie mit dem Verrat ihrer Ideale konfrontieren. Außerdem werde ich vom ÖGB verlangen, daß er einen Kampf um die Wiederverstaatlichung von der VA-Bergtechnik führt. Wobei das mehr eine Vergesellschaftung sein müßte, als eine Verstaatlichung im alten Sinn. Dieser Kampf müßte mit dem Kampf um Erhalt der Arbeitsplätze seitens der Betriebsräte verbunden werden.

V: Wie wäre es mit einer gemeinsamen Kampagne der Linken, um den ÖGB unter Druck zu setzen?

K: Auch wenn wir heute eher schwach sind, einen Versuch wäre es sicher wert.

V: Danke für das Gespräch und alles Gute!

FPÖ: Mythos und Wirklichkeit

Arbeiterpartei FPÖ?

„Das Proletariat ist rechts“ – verkünden Haider und „linksliberale“ Intellektuelle im Chor. Tatsächlich scheint die Unterstützung für die FPÖ – vor allem bei Arbeitern – zur Zeit unbegrenzt. Bei den EU-Wahlen am 13. Oktober '96 erreichte die FPÖ mit 27,62% der Stimmen ihr bisher bestes Ergebnis. Manche MeinungsforscherInnen schätzen, daß rund die Hälfte der ArbeiterInnen, die zur Wahl gingen, die FPÖ wählten. Der nächste Paukenschlag war die Ankündigung der FPÖ, eine eigene Gewerkschaft zu gründen.

von Michael Gehmacher-
SOV-Gewerkschaftssprecher

Seit 1945 hat es von keiner Seite einen ernsthaften Versuch gegeben, eine politische Richtungsgewerkschaft zu gründen. Dementsprechend groß war die Aufregung über den Haider-Vorstoß bei den ÖGB-Funktionären. Im Folgenden bewies die FPÖ, daß

freiheitlichen ÖGB-Vizepräsidenten die Rede. Die ÖGB-Spitze begegnet dem größten Angriff auf die Gewerkschaften seit 1945 mit vorausweisendem Gehorsam.

Was will die FPÖ „für“ die ArbeiterInnenklasse?

Wirtschafts- und sozialpolitisch setzt sie sich für eine Lockerung des ArbeitnehmerInnen-schutzes (zeitweilige Außerkräftsetzung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes), für Flexibilisierung und Deregulierung ein. Sie fordert außerdem eine umfassende Privatisierung aller noch vorhandenen Staatsbetriebe, eine Auslagerung aller staatlichen und kommunalen Dienstleistungen und die Reduzierung der BeamtInnen-schaft um ein Drittel bei gleichzeitigem Ausbau von Polizei und Bundesheer. In der Steuerpolitik fordert die FPÖ seit Jahren eine steuerliche Entlastung der Unternehmer durch Senkung der Lohnkosten und der Gewinnbesteuerung.

der Ende 1995 massiv die Postbediensteten (wegen der anstehenden Privatisierung) und jetzt im zweiten Jahr der Baukrise die Bauarbeiter.

Haider dehnt sein Programm bisweilen auch ins Unendliche: Starker Staat und mehr Demokratie – für ihn kein Widerspruch. Er spricht in seinem Buch „Die Freiheit, die ich meine“ von der biologischen Rolle der Frau und ihrem Platz an Heim und Herd, gleichzeitig kündigte er die mögliche Unterstützung des Frauenwahlbegehrens an.

Die FPÖ hat ca. 40.000 Mitglieder, diese sind vor allem Kleinbürger, Unternehmer, Bauern, Beamte (insbesondere bei der Exekutive und beim Bundesheer) sowie sozial deklassierte Schichten. Berufsgruppen aus dem klassischen Arbeiterbereich wie Industriearbeiter, Eisenbahner oder Handelsangestellte sind in der FPÖ nur gering vertreten. Durch ihren raschen Aufstieg und durch ihren Funktionärsmangel ist die FPÖ voll von Aufsteigern und Karriereisten. Denn: In der FPÖ kann man schnell etwas werden.

Wie sieht das Verhältnis FPÖ und ArbeiterInnenklasse aus?

Haider „schätzt“, daß eine F-Gewerkschaft an die 60.000 Mitglieder erreichen könnte. Abgesehen davon, daß diese Zahl eigentlich eine geringe Größe ist (rund 5% der Beschäftigten), ist sie auch übertrieben. Die betriebliche Verankerung ist wesentlich schwächer als oft angenommen wird. Nur 500 von ca. 60.000 BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und Vertrauenspersonen benennen sich zur FPÖ. Der Großteil von ihnen arbeitet im öffentlichen Dienst und hier in der Polizei. Die FPÖ hat in der letzten Zeit Positionen in wichtigen Industriebetrieben erreicht – und wieder verloren. Zum Beispiel bei der VA-Stahl, wo die FA (Freiheitliche Arbeitnehmer) bei 6138 Arbeitern nur mehr 355 Stimmen erreichten oder bei der Semperit Wimpasing, wo sie beide Mandate (im Arbeiterbetriebsrat) verloren hat. Haiders oberster Mann im ÖGB, Anton Blünegger, ist ein Multifunktionär, wie ihn die SPÖ-Bürokratie nicht besser produzieren hätte können. Er ist Betriebsratsvorsitzender der Plansee-Werke in Tirol, Vizepräsident der AK-Tirol, Mitglied im ÖGB-Bundesvorstand und Abgeordneter zum Nationalrat. Politisch definieren die Freiheitlichen Arbeitnehmer ihre Rolle so: „Aufgabe der FA ist die Mitwirkung an der sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Zielsetzung der Freiheitlichen Partei... ehrlicher geht es nicht! Wen verwundert es, wenn dann „Arbeiterrechte“ von den FA mit fol-



Seine Zukunft ist nicht unsere Zukunft

genden Forderungen vertreten werden: „Stopp der generellen Überstundenverkürzung und der Diskussion um die 35-Stunden-Woche“.

Warum wählen viele Arbeiter rechts?

Massenarbeitslosigkeit und politische Polarisierung gehören schon längst zum Alltag in Europa. Doch das begründet noch keineswegs ausreichend, daß in Österreich die wohl stärkste rechtsextreme Partei Westeuropas existiert. Nur wenn man auch die speziellen Problemen der österreichischen Arbeiterbewegung betrachtet, kommt man der Sache näher. In kaum einem europäischen Land war die Sozialpartnerschaft so gefestigt wie in Österreich. 1996 hat es z.B. in der Schweiz mehr aktive Arbeitskämpfe gegeben als in Österreich. 1994 gab es in Österreich keinen einzigen Streik, Streiks werden in Sekunden pro Beschäftigten gemessen.

Nach wie vor ist es üblich, daß eine Hand voll Leute für eine Berufsgruppe hinter verschlossenen Türen Lohnabschlüsse oder wichtige sozialrechtliche Fragen aushandelt. Die ArbeiterInnen müssen solche Verhandlungsergebnisse schlucken, ohne jemals ihre VertreterInnen wirklich demokratisch legitimiert zu haben, oder daß das Verhandlungsergebnis einer Urabstimmung unterzogen worden wäre. Jahrzehntlang bekamen die ArbeiterInnen von ihren BetriebsrätInnen und GewerkschaftsvertreterInnen eingedet, daß das einzige, was sie für starke Gewerkschaften und sozialen Fortschritt tun müßten, sei, den Gewerkschaftsbeitrag zu zahlen.

Im Nachkriegsaufschwung und unter einer SPÖ-Alleinregierung in den 70ern funktionierte das System noch ganz gut. Die Wirtschaft florierte und die UnternehmerInnen konnten einen Teil ihre Gewinne an die ArbeitnehmerInnen abgeben, um diese zu befrieden. In Österreich wurde dieser Trend noch durch die geographische Nähe zum Stalinismus verstärkt: Einerseits durch Handelsbeziehungen, andererseits mußte es der Arbeiterklasse ökonomisch

besser gehen als „drüben“.

Die negativen Erfahrungen mit dem Stalinismus machten es der SPÖ leicht, eine starke antikommunistische Stimmung in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Außerdem gab es eine starke Verstaatlichte Industrie, die für Vollbeschäftigung sorgte und politisch von der SPÖ-Bürokratie kontrolliert wurde.

Haiders Doppelrolle

Die Zeit der funktionierenden Sozialpartnerschaft hatte eine enorme Entpolitisierung zur Folge, die es der FPÖ heute besonders leicht macht. Mit Einsetzen der Wirtschaftskrise begannen sich die Bürgerlichen auf die Verstaatlichte einzuschließen. Haider spielte dabei seine typische Doppelrolle: Auf der einen Seite schaffte er es, den berechtigten Unmut über die sozialdemokratische Miß- und Bonzenwirtschaft in Richtung Privatisierung zu gewinnen. Auf der anderen Seite konnte er in jenen Gemeinden, in denen die Verstaatlichtenkrise ihre ersten sozialen Auswirkungen hatte, massiv enttäuschte SPÖ-Wähler zu gewinnen. Heute gibt es keine Verstaatlichte mehr, und die UnternehmerInnen wollen die Sozialpartnerschaft durch ein neoliberaleres System ersetzen und den Einfluß der Gewerkschaften immer weiter zurückdrängen. ÖGB



Im Nachkriegsaufschwung und unter einer SPÖ-Alleinregierung in FPÖ-Rassismus in demokratischer Verkleidung

und SPÖ stehen dieser Tendenz scheinbar machtlos gegenüber. Sie haben ein Vakuum auf der linken Seite hinterlassen. Wenn die Linke weiterhin zu schwach ist, um dieses Vakuum nur ansatzweise zu füllen, so wird sich auch in Zukunft die FPÖ weiter als „Arbeiterpartei“ aufspielen können.



sie eine Partei des „Auspackn“ ist: Mit der Zusage der ÖGB-Spitze, die FPÖ verstärkt zu den Futtertrögen zu lassen, ließ sich Haider seine Pläne vorerst abkaufen. Tatsächlich ist die FPÖ im Moment noch nicht in der Lage, die Spaltung der Gewerkschaften durchzuziehen und den entsprechenden Konflikt durchzuhalten. Wozu auch? Die derzeitige Lösung ist bequemer und zudem permanent aufkündbar. Haiders wichtigste Aufgabe ist es, die Wut der ArbeiterInnen über Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Privilegien und Freunderlwirtschaft in die falsche Richtung zu leiten. Das heißt, den ÖGB zugunsten des Kapitals in seiner Handlungsfähigkeit einzuschränken und ihn politisch noch mehr zu lähmen. Unter dem Deckmantel der „Demokratisierung“ forderten die Freiheitlichen die Offenlegung der Streikfonds, obwohl das nur den Unternehmern nutzen würde. Außerdem winken bei der Integration in den ÖGB Geld und wichtige Informationen aus Sozialpartnerschaft und Arbeitswelt. Seit den FPÖ-Drohgebärden versuchen ÖGB-FunktionärInnen, die FPÖ noch mehr in den ÖGB zu integrieren. Kurzfristig war sogar von einem

Gesellschaftspolitisch vertritt die FPÖ ein klassisch rechtes Programm. Sie spricht sich gegen Einwanderung aus und kämpft gegen gesellschaftliche Randgruppen. Haider versteht es aber geschickt, sich der Stimmungslage anzupassen. So hat er die radikalen „Ausländer raus“-Parolen der frühen 90er stark reduziert. Wobei die FPÖ nicht vollkommen ohne diese auskommt. Jüngstes Beispiel ist die Reaktion der FPÖ auf die Krise in der Bauwirtschaft, wo der freiheitliche Landeshauptmannstellvertreter und Baulandrat Grasser Aufträge nur mehr an Firmen vergeben wollte, die möglichst wenige bzw. keine (Nicht-EU)Ausländer beschäftigen. Typisch die darauffolgende Reaktion der FPÖ-Parteiführung. So meinte Generalsekretär Peter Westenthaler: „Dieses Jahr werden 17.000 Neuzuwanderungen passieren, in einer Zeit, wo 300.000 arbeitslos sind. (...) Zuwanderungsstopp und keine Beschäftigungsbewilligungen sind die Lösung des Problems und auch die Formel, wie man Arbeitslosigkeit senken kann“ (Profil 24.2.1997). Es gehört zur Taktik der FPÖ, momentan beängstigte Berufsgruppen gezielt anzusprechen. So umwarb Hai-

"Der Haidermacher" - die kritische Begeisterung von Hubertus Czernin

Wer "macht" Haider?

Im politischen System Österreichs brechen die Dämme hin zur FPÖ. Nicht nur Klima kündigt das Ausgrenzungsende an. Nach Peter Sichrovsky hat sich mit Ex-Profil-Herausgeber Czernin der nächste prominente "liberale" Journalist in den Club der "kritischen" Haiderfreunde eingereiht. Sein Buch "Der Haidermacher" ist ein weiteres Indiz für die allmähliche "Hoffähigkeit" der "Haider's".

von John Evers

Das Buch "Der Haider-Macher" (gemeint ist damit der Ex-Bundeskanzler) stellt eine prinzipiell richtige These auf. Nämlich, daß die Politik Vranitzkys, ebenso wie die Hilfslosigkeit der meisten "linken" Haider-Kritiker die (Mit-) Verantwortung für den Aufstieg der FPÖ tragen. Ansonsten sind Czernins Analysen und Strategien blauäugig. Sie klammern eine Auseinandersetzung mit der FPÖ, ihrer Rolle und ihren Positionen ebenso aus, wie die

Aber: All diese Veränderungen gingen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen. Vranitzky zauderte nicht, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Umverteilung zugunsten der Reichen und Besitzenden und bis zu 1,5 Millionen Arme zu produzieren. Vranitzky zögerte nicht, die SPÖ zu einem einzigen Kanzlerwahlverein zu degradieren und dafür Mitgliederschwund und Sektionssterben hinzunehmen. Das war der Stoff, aus dem Haider seine Wahlsiege machte.

Große Koalition als Taktik

Das traditionell schwache österreichische Bürgertum traute sich - zu Recht - die Demontage des Wohlfahrtsstaates und die Zerschlagung der Verstaatlichten ohne die SPÖ nicht zu. Alleine der EU-Beitritt wäre ohne die Propaganda der SPÖ-Führung und die Gleichschaltung von Arbeiterkammer und Gewerkschaften in dieser Frage undurchführbar gewesen. Nur mit der SPÖ in der Regierung war es möglich den größten Sozialabbau in der Geschichte der Zweiten Republik als "sozial ausgewogenes Regierungsprogramm" zu verkaufen. Die Einbindung der SPÖ kostet natürlich Posten, Pfründe und hin und wieder auch ein gewisses Zugeständnis, da die Sozialdemokratie immer noch unter stärkerem Druck der Arbeiterklasse steht als andere Parteien. Hier setzt die Funktion der FPÖ ein.

Die FPÖ als bürgerlicher Rammbock

Die FPÖ vertritt in erster Linie den (wachsenden) Teil der Bourgeoisie, der für das Hinausdrängen der Sozialdemokratie aus dem politischen System eintritt. Wichtige Elemente der FPÖ-Strategie sind deshalb das Knacken von Kollektivverträgen und die völlige Zurückdrängung des Staatseinflusses aus der Wirtschaft. Das würde nicht nur eine radikale Umverteilung von unten nach oben bedeuten, sondern auch die Machtstützen des ÖGB-Apparates zum Einsturz bringen. Schon jetzt spielt die FPÖ in diesem - und vielen anderen Bereichen - die Rolle des Rammbocks für die Unternehmer: Sie prescht vor, ortet die Lage und die Widerstände, die es gibt, und wenige Monate später taucht dann das eine oder andere als Regierungsvorlage auf (z.B. Ausländerpolitik).

Die FPÖ strebt die Auflösung der Sozialpartnerschaft und ihre Ersetzung durch eine offensive Unternehmerpolitik an. Die Auseinandersetzungen sollen möglichst auf die betriebliche Ebene verlegt werden. Die wachsende Unterstützung von Un-

ternehmern für diese Forderung zeigt, in welche eine Defensive SPÖ und ÖGB die Arbeiterbewegung inzwischen gebracht haben. Im diesem Sinne ist auch der „Anti-Privilegien-Feldzug“ der FPÖ zu verstehen. Er bezieht sich fast ausschließlich auf sozialpartnerschaftliche Bereiche - also ein Feld in dem die FPÖ weder Einfluß besitzt, noch eine Perspektive für sich sieht.

FPÖ - Partei mit der modernsten Struktur?

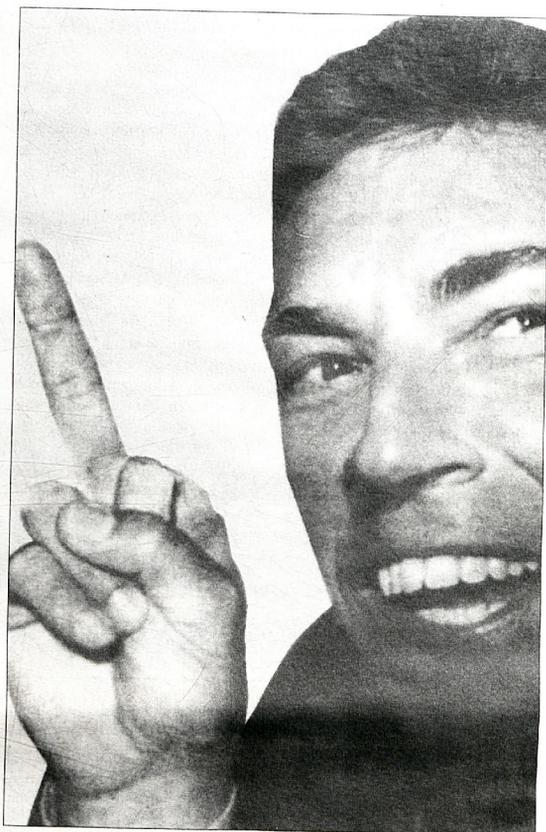
Czernin erklärt den Erfolg der FPÖ zu einem Gutteil mit deren Wendigkeit und schlankem Parteiapparat - im Gegensatz zur SPÖ. Tatsächlich hätte eine rechte Partei, die ihr Auftreten nicht ständig verändert, wahrscheinlich keine Chance. Gleichzeitig kann das nur eine Partei tun, die über eine schwache gesellschaftliche Verankerung verfügt. Die ÖVP ist zu einem solchen Auftreten nicht fähig, weil auf ihr nicht nur direkt die Zerrissenheit der österreichischen Bourgeoisie, sondern auch völlig auseinanderstrebende Bevölkerungsgruppen lasten.

Die FPÖ hat weniger Mitglieder als die SPÖ ehrenamtliche Funktionäre, aber inzwischen fast genauso viele Wähler. Ist das nicht eine Bestätigung der These, daß die SPÖ eben eine "überholte Partei" sei. Die entscheidende Frage ist aber: Wer stützt sich schon auf die Mitglieder und FunktionärInnen der SPÖ? Und wenn, welche Politik verkaufen und vertreten sie? Die Politik einer Regierung und Parteiführung, wo jede/r sieht und spürt, daß sie nicht für die Bevölkerungsmehrheit da ist. Mobilisierung und Verankerung sind entscheidende Elemente bei der Umsetzung von politischen und sozialen Verbesserungen.

Wenn Czernin als Lösung für die SPÖ Tony Blair's Parteireform der britischen Labour-Party vorschlägt, dann sollte man das nicht übersehen. Blair wird vielleicht die nächsten Wahlen gewinnen. Aber er pfeift nicht nur auf Mobilisierung und Verankerung in der Arbeiterklasse. Er kündigt ebenso an, die Politik der Tories in Bereichen wie Privatisierung und Anti-Gewerkschaftsgesetzen fortzuführen.

Zwischen Protestpartei und Integration

Es stimmt, daß inzwischen der einzige Existenzgrund für die große Koalition die FPÖ ist. Aber in erster Linie deshalb, weil die jetzige Regierungsform für die Bourgeoisie nach wie vor als die stabilste Variante erscheint, um in "Ruhe und Ordnung" Kürzungspolitik durchzuführen. Die FPÖ ist zwar äußerst erfolgreich in das politische Vakuum eingedrungen, welches SPÖ und ÖVP hinterlassen - aber, ohne es auszufüllen. Sie hat gerade erst begonnen so etwas wie eine StammwählerInnen-schaft aufzubauen und damit berechenbarer zu werden. Je stärker der



Aderlaß der Koalitionsparteien ist, desto stärker wird zunächst das spezifische Gewicht der FPÖ wachsen.

Die weitere Integration der FPÖ wird wahrscheinlich nicht offen, durch eine blau-schwarze Koalition, ablaufen. Zu groß ist hier noch die Gefahr einer heftigen Gegenwehr. Instabilität und wechselnde Mehrheiten werden das prägende Element sein. Formen, bei denen die FPÖ "Experten" in Minderheitsregierungen entsendet, können ebenso wie Parteispaltungen dazugehören. Von letzteren ist die FPÖ übrigens am allerwenigsten ausgenommen. Gerade eine Regierungsbeteiligung, bei der Haider zwangsläufig einzelne Teile der Partei vor den Kopf stoßen muß, würden solche (z.B. beim äußersten rechten oder beim Arbeitnehmer-Flügel) provozieren.

Die Alternative zur "Dritten Republik" ist nicht die "Zweite"

Czernin schreibt gegen die Zweite Republik und fordert in Wirklichkeit die Dritte. Soziale Rechte und Wohlfahrtsstaat sind für ihn nur Makulatur, Versatzstücke aus dem verhaltenen Proporzsystem. Haider's Meinung in diesem Bereich ist auch Czernin's eigene: Österreich habe die höchsten Lohnnebenkosten, zu viele Beamte, zuviel Staat und Frühpensionisten. Statt den Leistungsgedanken zu entwickeln, dümple der Wohlfahrtsstaat vor sich hin, der Staat sei doch kein Selbstbedienungsladen, statt Aktienmärkten gebe es geschützte Werk-

stätten. Czernin versteht sich als Haidergegner - obwohl er ihn auf über 200 Seiten gerade zweimal kritisiert. Aber er "beruhigt", so schlimm wäre Haider an der Regierung nun auch nicht. Einspruch Herr Czernin! Sie haben zwar wahrscheinlich recht: Haider muß nicht bekämpft werden, weil er vielleicht ein verkappter Nazi ist. Aber Haider muß deshalb bekämpft werden, weil, er für die schnellstmögliche Durchführung einer Politik steht, die Sie selbst fordern.

Und dieser Kampf muß verbunden werden mit der Frage von Rassismus. Ausländerfeindlichkeit bleibt nämlich ein Hauptmittel, um uns zu spalten und an gemeinsamen Widerstand zu hindern.

Es stimmt, daß was Czernin als "Linke" bezeichnet, hat versagt. In dem mit den Sozialabbauern und Ausländerfeinden der österreichischen Bundesregierung "Lichtermee" organisiert wurden, hat man sich Illusionen hingegeben und solche erzeugt. Wir haben daraus gelernt: Es geht darum, unsere sozialen Rechte gegen die Angriffe von Regierung und Haider (und Czernin) zu verteidigen. In "Der Haidermacher" wird mehr "direkte Demokratie" gefordert. Über konkrete Vorschläge zur politischen Be-tätigung, über Fragen der Teilnahme an Entscheidungsabläufen in relevanten Bereichen wie der Wirtschaft, findet sich allerdings kein Wort. Man fühlt sich fatal an ein anderes Buch erinnert: "Die Freiheit die ich meine". Die meinen wir aber nicht.



Der "Geldmacher"?

gesamte soziale Frage. Arbeitslosigkeit ist nur ein Randthema, Begriffe wie (neue) Armut oder Wohnungsnot kommen gar nicht vor. Haider's Siege werden alleine als Reaktion auf Bürokratismus und die erstarrten politischen Strukturen der großen Koalition beschrieben.

Vranitzky, der Zauderer?

Vranitzkys Kanzlerschaft und Parteivorsitz ist unzweifelhaft mit dem Aufstieg der FPÖ verknüpft. Binnen eines Jahrzehnts haben die Freiheitlichen ihren WählerInnenanteil verfünffacht. Steckt hinter dieser Entwicklung die Reformunfähigkeit und Modernisierungsangst von Franz Vranitzky & Co? Czernin behauptet das (und mit ihm viele andere). Gleichzeitig erwähnt er - quasi nebenbei - daß sich die SPÖ unter Vranitzky in eine "nichtssozialistische Partei" gewandelt hat und daß in der verstaatlichten Industrie im selben Zeitraum 100.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Beides sind nicht unbedingt Indizien einer Erstarrung.

Nimmt man noch den EU-Beitritt dazu, dann wird klar, daß es unter Vranitzky zu den größten Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich in der Geschichte der zweiten Republik gekommen ist.

SP-Bürgermeister sympathisiert mit rechtsextremem Unternehmer!

Weg mit Bregartner

Mitte Februar wurde ein neuer Höhepunkt in der Geschichte rechtsextremer Verstrickungen in Wels öffentlich. Die endlose Geschichte der Verteidigung brauner Symbole und Vereine durch die Welsler SPÖ unter Bregartner wurde um ein Kapitel erweitert.

Franz Breier, SOV Wels

Regelmäßige Stammtischtreffen mit brisanter Besetzung wurden bekannt: Bürgermeister Bregartner, sein Sekretär Wimmer, der Welsler Stapohef Josef Matejka (alles SPÖ-Mitglieder) sowie der zig Millionen schwere Kapitalist und als Geldgeber von rechtsextremen Gruppen bekannte Robert Wimmer. Dieser ist u.a. Geldgeber des „Freundeskreises für Kultur und Zeitgeschichte“, der auf Wimmers Schloß Vorträge mit Holocaust-Leugner Irving organisierte. Ein weiterer Gast auf Schloß Hochscharten: der in Spanien untergetauchte Neo-Nazi Honsik, Ex-Herausgeber der Nazipostille „Halt“ (Untertitel: dem deutschen Volke verpflichtet) und des Buches „Freispruch für Hitler“. Bregartners Ausreden: Er könne „sein Gläschen

Wein trinken“, mit wem er wolle und „es ist nie über Politik gesprochen worden“. Seine Sympathien für Rechtsextreme standen schon oft im Rampenlicht. Bundesweit bekannt wurde Bregartner durch seine beharrliche Unterstützung des „Österreichischen Turnerbunds“, der größten Organisation der extremen Rechten. Sogar als bekannt wurde, daß der Welsler ÖTB Hakenkreuze in seinen Versammlungsräumen hat, war dies kein Grund für Bregartner, die Subventionsvergabe an den ÖTB zu stoppen. Er weigerte sich auch, die Welsler Kernstockstraße umbenennen zu lassen, die nach dem Verfasser des „Hakenkreuzliedes“, Otto Kernstock, benannt ist. Und erst kürzlich „verzieht“ er den rechten „Neutralen“, die ihn im Dezember bei einer Veranstaltung vom Gemeinderatspodium stießen. Einem

„Neutralen“, Reinthaler, werden durch das Magistrat mit Wissen Bregartners Jahr für Jahr lukrative Flohmarktgenehmigungen auf Messereale verschafft. Das Geld fließt in rassistische Aussendungen Reintalers, wie dieser selbst bestätigte. 1996 schickte er dem Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes eine Morddrohung in Form eines Galgenstricks!

Wie lange noch?

Wie lang können Bregartner & Co ihre Sauerereien noch treiben? Wenn es nach Welsler Establishment und Presse geht, mit ein paar „Imagekorrekturen“ noch länger. Tatsache ist auch, daß der Bregartner-Clique von der SPÖ-Oberösterreich ein Persilschein ausgestellt wird: Sei es durch Geschäftsführer Buchinger, durch den Bekämpfer einer oppositionellen SJ, Josef Ackerl, oder den „linkeren“ Vertreter des Gewerkschaftsflügels, Nationalrat Oberhaidinger. Letzterer verkündete, er sei bei den Gemeinde-

ratswahlen im Oktober '97 kein Rivale Bregartners. Und Landesparteiobmann Hochmair, der in letzter Zeit immer mehr mit der FPÖ liebäugelt, attestierte: „In Wels gibt's keine braunen Flecken.“

Aber auch diejenigen, die gegen Bregartner & Konsorten antreten, sind oft halbherzig. So hat die SJ, die einerseits eine Vorreiterrolle darin spielte, die Vorgänge in Wels öffentlich zu machen, auf der anderen Seite auf eine gemeinsame Kampagne von SJ-Wels und SOV sehr zurückhaltend reagiert und sich geweigert, sie zu unterstützen. Ein SJ-Antrag auf ein neuerliches Ausschlußverfahren läßt auf sich warten. Nach dem ersten Ausschlußantrag '96 kam eine SPÖ-Kommission zu dem Schluß, daß an Bregartners sozialdemokratischer Gesinnung nicht zu zweifeln wäre. Ob dies daran liegt, daß Bregartner drohte, mit einer eigenen Liste bei Wahlen anzutreten?

Aber auch in der Welsler SP-Basis mehren sich die Stimmen gegen die Führung. Unter dem Eindruck wach-



Breh-Geh!

sender sozialer Probleme und Arbeitslosigkeit in der Messesstadt regt sich Opposition. Denn daß die FPÖ bei den kommenden Gemeinderatswahlen die 30 % Marke überschreitet, ist nicht auszuschließen. Die Politik der SPÖ und Bregartners bereitet den Boden für (Wahl-)sieg der FPÖ. Leute wie Bregartner haben in der SPÖ nichts zu suchen, aber ein Ausschluß Bregartners reicht nicht aus, um die braunen Flecken loszuwerden und die FPÖ zu stoppen.

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische ArbeiterInnen, Jugendliche und Jugendliche

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdictatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter Basis

TERMINE

- 10.3.97 „Frauen und Rechtsextremismus“ (Film) **FrauenStammtisch**
- 13.3.97 „Bürgerliche Lügen - linke Antworten“ **Regionalgruppe NÖ**
- 14.3.97 „Arbeiteraufstand in Südkorea“ **OG Wien Nord**
- 18.3.97 „EU-Jahr gegen Rassismus: Zynismus pur“ **OG Wien Ost**
- 19.3.97 „Frauenvolksbegehren“ mit einer Vertreterin vom UFF!
Frauen- und GewerkschaftsStammtisch
- 22.3.97 „SOV-international“ **Regionalgruppe OÖ**
- 26.3.97 „Globalisierung: Was kann die Gewerkschaft tun?“ mit Peter Kreisky **GewerkschaftsStammtisch**
- 19.3.97 „Kampf gegen Armut“ Streitgespräch mit Caritas-Vertreter **OG Wien Süd/Mitte**
- 14.97 „Ungarn heute“ **OG Wien West**

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Ortsgruppen der SOV.
Oder ruf uns an: 0222/524 63 10

- Wien**
Ortsgruppe Wien Süd/Mitte: jeden Mittwoch 19 Uhr „Amerlinghaus“ 7; Süftg.8
- Ortsgruppe Wien West:** jeden Dienstag 19.30 Uhr „Club International“ 16; Payerg.14
- Ortsgruppe Wien Nord:** jeden Freitag 19.30 Uhr „Cafe Spectrum“ 2; Arnezhofersg.8

- Ortsgruppe Wien Ost:** jeden Dienstag, „Zentrum Erdberg“; 3; Lechnerstr.2-4, 19 Uhr
- GewerkschaftsStammtisch:** jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, „Zentrum Erdberg“; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4
- FrauenStammtisch** jeden 2. und 4. Montag im Monat, „Zentrum Erdberg“; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels
jeden Samstag 16 Uhr
"Haus der internationalen Jugend"
Grünbachplatz 5 (Nähe Bahnhof)

Niederösterreich - Wr. Neustadt
jeden Donnerstag 19.00 Uhr
Bahnhofsrestaurant Wr.Neustadt

Kampffonds aktuell



von Sonja Grusch

21,9%

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wider. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel bis Ende April: öS 70.000,-
Februar-Ziel erreicht: 66%
Besonderer Zeittagsverkauf:
Südkorea-Soliaktion: 17 Stück
12. Februar: 37 Stück
Globalisierungsdiskussion der SPÖ-Bildung: 23 Stück
Wir sind auf Spenden angewiesen!!
Spenden an: PSK 8812.733

SOV Abo-Karte

Die **Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV** ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die **SOV** kämpft gegen Sozialabbau und Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung - für Sozialismus!
Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche **Vorwärts** heraus.

Das neue **Vorwärts** gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis

Ein **Vorwärts**-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 50,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 100,- (inkl. Porto)
- .. Stück **Vorwärts** zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Ein **Vorwärts**-Förder-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 100,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 200,- (inkl. Porto)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der **SOV** und möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Eure Materialliste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)
- Mitglied der **SOV** werden!



Internationales

Pakistan

Wahlen

Wahlen in Pakistan. Der Sieger dieser Wahlen ist die islamische Muslim Liga (PML-N). Sie kontrolliert jetzt das nationale Parlament und alle Regionalparlamente. Die Stimmen für die PML-N sind in erster Linie als Proteststimmen gegen die frühere Regierung Benazir Bhutto und ihrer PPP zu werten. Unter Bhutto kam es zu großen Erhöhungen der Lebenshaltungskosten. Es gibt keine Partei, die für die Rechte der Arbeiter und Bauern kämpft. JIT, die Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale, arbeitet für den Aufbau einer solchen Partei. In einem Wahlbündnis kandidierte sie bei dieser Wahl. Im Wahlkampf konnten wichtige Erfolge erzielt werden. Die gesamt-pakistanische Gewerkschaftsföderation unterstützte die Kandidatur, die Eisenbahnergewerkschaft organisierte aktiv Veranstaltungen. Bei einem dieser Treffen nahmen über 1000 Arbeiter teil! Doch der Erfolg der Kampagne drückte sich nicht im Wahlergebnis aus. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Wahlbeteiligung nur bei 36 % lag, da die meisten in dieser Wahl nur eine Farce sahen

Irland

Steuerboykott

Vor einigen Jahren wurde in Irland eine Wassersteuer eingeführt. Die Schwesterorganisation der SOV initiierte dagegen eine „Anti-Wassersteuer-Kampagne“ in Dublin, die die Regierung jetzt zum Rückzug zwang. „Wir haben eine demokratische Vereinigung mit 20.000 Mitgliedern aufgebaut, die über drei Jahre einen Zahlungsboykott organisierte. Wir haben eine Nichtzahlerquote von 50 Prozent erreicht, obwohl die Stadtverwaltung mit dem Abdrehen der Wasserversorgung drohte“, kommentiert der sozialistische Dubliner Stadtrat Joe Higgins den Erfolg der Bewegung.

Britannien

Sozialistische Partei

Die britische Schwesterorganisation der SOV hat sich als neue „Socialist Party“ konstituiert. Ausschlaggebend für diesen Schritt war der ungebremste Rechtsruck der Labour Party. Arthur Scargill - ein linker Gewerkschaftsführer - machte leider einen Ansatz für die Neukonstituierung der britischen ArbeiterInnenbewegung zunichte. Seine vor mehreren Monaten gegründete „Socialist Labour Party“ stellt keinen Rahmen dar, in dem verschiedene linke Organisationen und Strömungen unterschiedlicher Tradition zusammengefaßt werden können. Bündnisarbeit hat für unsere GenossInnen allerdings weiter Priorität. In Schottland arbeiten wir weiterhin in den „Socialist Alliances“.

Sozialabbau weltweit...

So sanieren die einen...

Unter dem Titel „So sanieren die anderen“ veröffentlicht das „profil“ eine Serie im Sinne von Bundeswirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Es wird uns anhand von Länderbeispielen (Schweden, Neuseeland, Holland, Irland) erklärt, daß der Sozialstaat nicht mehr zu finanzieren, die Arbeitskraft zu teuer und Privatisierung und Flexibilisierung notwendig sei. Ein Machwerk - klar im Sinne neoliberaler Konzepte - das die österreichische Bevölkerung auf die nächsten „Sparpakete“ vorbereiten soll.

von Sonja Grusch,
SOV Wien Nord

Wenn sich auch die Begründungen ändern - Standortsicherung, Erfüllung der Maastrichtkriterien, Globalisierung - die Forderungen bleiben die gleichen. Seit den 80er Jahren versuchen die Unternehmervereinigungen zur Sicherung ihrer Profite eine Umverteilung von unten nach oben durchzuführen.

Mit der Behauptung, es herrsche ein „übersteigertes Anspruchsdenken“ kam es zur Reduzierung von Arbeitslosen- und Krankengeld, bzw. zur Nicht-Zahlung von Krankenstandtagen. Die Krankenstände wurden damit reduziert - wer krank ist, kann es sich heute nicht mehr leisten, zuhause zu bleiben und sich auszukurieren, immer mehr gehen trotz Fieber und Schmerzen in die Arbeit. Ebenfalls gekürzt wurde bei Familien- und Kindergeld sowie bei Wohnbeihilfen - Maßnahmen die v.a. Frauen und sozial Schwache treffen und oft den Schritt in die Armut bedeuten. In Neuseeland leben heute 30% aller Kinder in Familien, die Sozialhilfe erhalten.

Ausbeutung der Arbeitskraft

Hohe Löhne, die Bezahlung von Leistungen wie Überstunden, Nacht- und Schichtarbeitszuschläge sowie sichere Jobs sind ein Dorn im Auge neoliberaler Politiker. Als Gegenmittel wird versucht, den Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen. Der Arbeitnehmer soll dem Kapitalisten wieder allein, ohne eine Organisation im Rücken, gegenüberstehen. Um das zu erreichen, werden Branchen-Kollektivverträge durch Betriebs- oder sogar individuelle Verträge ersetzt. Das „profil“ unterstützt diese Tendenz, wenn es schreibt, daß die „zentralistisch geführten Lohnverhandlungen“ Betriebe behindern und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern. Das Rezept ist einfach: Beschreibe nur eine Seite des Problems (nämlich die Unternehmenseite), benütze negativ besetzte Wörter („zentralistisch“) und schon erscheinen Sozialabbau und Lohnkürzungen als notwendig. Daß die ArbeiterInnen dabei auf der Strecke bleiben, kommt höchstens in Nebensätzen, und auch dort nur als unangenehme, aber notwendige Nebenwirkung vor. Die Arbeitsplätze der Zukunft sind Teilzeit, befristet, schlecht bezahlt und häufig nicht sozialversichert.

Steuererhöhung

Es wird aber nicht nur bei den Ausgaben gekürzt, zusätzlich werden auch neue Einnahmequellen geschaffen. In Schweden werden z.B.

Gebühren für so gut wie alle öffentlichen Dienstleistungen eingehoben (die aus Steuermitteln finanziert, also doppelt bezahlt werden). Anders bei den Steuern für Reiche und Unternehmer. Durch Veränderungen der Steuerstruktur (Reduzierung der Einkommensbesteuerung, Erhöhung der Massensteuern) kommt es zu einer drastischen Umverteilung der Steuerlast: Die Reichen zahlen immer weniger, die Masse der Bevölkerung immer mehr Steuern.

Das Ergebnis der neo-liberalen Maßnahmen sind überall gleich: Die Schere zwischen den Einkommen steigt und eine immer größere Schicht sinkt in die Armut ab. In Schweden z.B. konnten zwischen 1989 und 1994 die reichsten zehn Prozent ihr Einkommen um 17,2 % erhöhen, während im selben Zeitraum die ärmsten zehn Prozent 27,3 % verloren.

Obwohl offiziell die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eines der ober-



Demonstrationen gegen Regierungspläne

sten Ziele der „Sparer und Sanierer“ ist steigt die tatsächliche (wenn auch nicht überall die offizielle) Arbeitslosigkeit an. Rund 20% sind in Schweden ohne Job, in Irland werden 11 % als Erfolg gefeiert.

...und der Widerstand dagegen

...so kämpfen die anderen

Auch wenn Unternehmer und Regierungen alle Propagandamittel nützen, um uns von der Notwendigkeit der „Spar“-Maßnahmen zu überzeugen - immer häufiger stoßen sie auf Widerstand. Überall, wo Kürzungspläne bekannt werden, wo Sozialabbau betrieben wird, gibt es Protest.

Die Formen, in denen sich dieser Protest ausdrückt, sind verschieden. Es gibt Streiks und Fabriksbesetzungen, Straßenblockaden und Massendemonstrationen, aber auch Passivität und Rückzug ins Privateleben. Die Protesthaltung bei ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen nimmt überall zu, auch wenn die österreichische Presse versucht sie zu ignorieren. Auf allen Kontinenten gab es in der letzten Zeit große Proteste, die das politische Establishment erschütterten. In Belgien gegen den korrupten Staatsapparat, in Südkorea gegen die Anti-Gewerkschaftsgesetze der Regierung und in Albanien gegen die Spekulanten, die tausende Albaner um ihr Ersparnis brachten.

Die ehemaligen stalinistischen Staaten, deren Übergang zum Kapitalismus als dessen Endsieg gefeiert wurde, werden von einer Welle von Protesten erschüttert. Überall wehren sich die Menschen gegen die Auswirkungen der Privatisierung, der Spekulation, der Bereicherung einer kleinen Schicht - kurz gegen die Auswirkungen des Kapitalismus. Dieses Wirtschaftssystem hat sich als gänzlich unfähig erwiesen, für die Menschen einen auch nur halbwegs erträglichen Lebensstandard zu schaffen und zu erhalten. Im Gegenteil, der Mehrheit geht es heute noch schlechter als früher, kombiniert mit einer extremen Unsicherheit und einer noch größeren Ungleichheit.

Gegen neoliberale Politik

Streiks werden nicht nur um ökonomische Verbesserungen, wie z.B. in Israel wo die Beschäftigten von Haifa-Chemicals über ein Monat gegen Lohnkürzungen von 30 % protestierten, sondern auch gegen die Regierungspolitik geführt. Auch hier

Südkorea als Beispiel: Hunderttausende ArbeiterInnen gingen in der größten Streikbewegung seit 1964 wochenlang auf die Straße. Streiks finden auch in Lateinamerika statt: Vor allem gegen die neoliberale Politik der Regierungen, die als verlängerter Arm von IWF und Weltbank Privatisierungen und Preiserhöhungen auf Grundgüter durchführen - in Ecuador, in Kolumbien, in Haiti.

Formen des Widerstandes

Diese Streiks sind häufig mit anderen Formen des Widerstandes verbunden, wie z.B. in Frankreich, wo LKW-Fahrer Straßenblockaden errichtet haben. Ein erfolgreiches Beispiel, das von den südkoreanischen ArbeiterInnen aufgegriffen wurde. Manchmal greifen die Belegschaften auch zum Mittel der Betriebsbesetzung. Wie im Fall der Tudorgold-Fabrik in London und der Glacier-Fabrik in Glasgow, wo die ArbeiterInnen den Betrieb 55 Tage besetzt hielten. Sie verhinderten erfolgreich eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Entlassung von 103 streikenden ArbeiterInnen.

Ein wichtiges Mittel in diesen Kämpfen stellt die Mobilisierung der Bevölkerung dar, die ja neben den direkt Betroffenen, den Beschäftigten, ebenfalls unter den Maßnahmen zu leiden haben. Die Solidaritätsaktionen können von Besetzung der Eisenbahnschienen (Frankreich 1995) bis zur Mobilisierung der Familien bei Streikbewegungen (Liverpooler Docks Streik 1996 und Esbjerg Busfahrerstreik 1995) reichen.

Widerstand vernetzen und verbreitern

Auch das muß gesagt werden: die



Gewerkschaften spielen nicht immer eine führende Rolle. In vielen Ländern sind die Kürzungsmaßnahmen überhaupt erst durch die Unterstützung oder zumindest das Stillhalten der Gewerkschaftsführung möglich geworden. Andererseits haben sie aber auch erkannt, daß sie sich zumindest teilweise am Widerstand beteiligen müssen, wollen sie ihre Mitglieder nicht vollständig verlieren.

Die Forderungen und Wünsche der Unternehmer sind auf der ganzen Welt gleich und nicht selten arbeiten sie über die Ländergrenzen hinweg zusammen. Die Proteste, Demonstrationen und Streiks sind allerdings nur auf einzelne Staaten beschränkt. Grund dafür ist vor allem die Gewerkschaftsführung, aber auch manche „linke“ Partei, die sich auf nationale Argumente stützen. Zurück schlagen können wir die Angriffe aber nur, wenn wir den Widerstand vereinigen. Für die SOV ist die internationale Zusammenarbeit der ArbeiterInnen und der Protestbewegungen von zentraler Bedeutung. Daher ist die SOV Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI). Diese Organisation versucht in über 30 Ländern auf allen fünf Kontinenten Widerstand zu organisieren und zu unterstützen und auf eine internationale Ebene zu bringen.

STOPPT

Ausländerfeinde

Die Zahl der Arbeitslosen in Österreich steigt von Stunde zu Stunde. Und prompt wird das Thema „Ausländer“ wieder an die erste Stelle der Tagesordnung gesetzt. Der neue Innenminister Schlögl will eine härtere Gangart in der Ausländerpolitik einschlagen, FP-Grasser spricht fast offen von einem ausländerfreien Kärnten und Kostelka will mit Zuckerbrot und Peitsche bosnische Kriegsflüchtlinge zurückschicken.

von Katja Arthofer
SOV-Wien Ost

Die FPÖ hat wieder einmal den Vogel abgeschossen: „Es sollen nur Baufirmen öffentliche Aufträge bekommen, die keine Ausländer beschäftigen“, verkündete der Kärntner Landeshauptmann-Stellvertreter Grasser. Haider unterstützt diesen Vorschlag voll: Denn der „... österreiche Bauarbeiter denkt sich schon was...“, wenn „...dort die Ausländer bis hin zu Schwarzafrikanern

Ziegel schneiden und tragen“. Der Aufschrei von Seiten der Regierung war zwar laut, aber nicht wirklich ernstzunehmen. Tatsächlich treibt die FPÖ mit ihren Vorschlägen nur die Regierungspolitik auf die Spitze.

Die Koalition hat sie sich bereits Anfang März auf haarstrebende Änderungen in der Ausländerpolitik geeinigt: Wenn Ausländer, die weniger als 8 Jahre in Österreich sind, arbeitslos werden und keine neue Beschäftigung finden können, verlieren sie ihre Aufenthaltsbewilligung. Der Erpressbarkeit unserer ausländischen KollegInnen ist somit die Tür noch

weiter geöffnet. Innenminister Schlögl - der gute Chancen hat, von Haider als sein Mann in der Regierung bezeichnet zu werden - will die Quote für Familienzusammenführung 1997 von 10.000 auf 5.000 halbieren. Und ÖVP-Klubobmann Khol, der ja bekanntlich so viel Wert auf die Familie legt, will sie sogar auf 2.500 senken! Weiters will Schlögl bei der „Neuzuwanderung von „null“ sprechen“. Auch die Vergabe des Asylstatus soll noch weiter verschärft werden (wenn das überhaupt noch möglich ist): Es soll „sichergestellt werden, daß Asyl nur bei



Schlögl: Haiders neuer Mann in der Regierung?

Rahlgasse als Fußgängerzone

SchülerInnen auf die Straße!

Seit Jahren wird für die Rahlgasse im 6. Bezirk eine Fußgängerzone gefordert und auch versprochen. Getan hat sich bis heute nichts. 25 Parkplätze sind wichtiger als 545 SchülerInnen. Doch seit einiger Zeit ist die Rahlgasse eine Hochburg von aktiven SchülerInnen...

von Ken Horvath,
Schulsprecher GRG VI

Weder GRG Rahlgasse noch die angrenzende Volksschule Gumpendorferstraße haben einen Hof. Dieser Platzmangels ist der Grund für die 12-jährigen Bestrebungen, die Rahlgasse in eine Fußgängerzone umzugestalten. Doch mit Hilfe des gewohnten, populistischen Wechsel-

spiels von ÖVP-Bezirksvorsteher Pint konnten Autofahrerlobby u.a. die Schaffung neuen Pausenraums bis jetzt erfolgreich verhindern.

Seine Aussagen reichen von Unterstützung über sanfte Ablehnung bis zur vollkommenen Leugnung sämtlicher Bestrebungen, die in diese Richtung gehen. So versprach der schwarze Bezirkshauptling einmal vor laufenden ORF-Kameras, sich um die Angelegenheit zu kümmern, ein andermal setzte er seine Unterschrift unter eine Unterschriftenliste. Auch aus dem ständigen Briefwechsel zwischen Schule, Stadtschulrat und Pint ließ sich niemals Ablehnung herauslesen. Welch ein Unterschied zu dem, wie er sich den

Anrainern gegenüber verhält, die neben dem Verlust des „Parkplatzes vor der Haustür“ auch eine erhöhte Lärmbelastung fürchten.

Höchste Zeit also, aktiv zu werden. Neben einer ordentlichen Portion an Aufklärungsarbeit, vor allem bei den Anrainern, planen die JRE-Gruppe Wien Mitte und die SchülerInnen der Rahlgasse Aktionen, um die Forderung nach einer autofreien Rahlgasse endlich durchzusetzen. Angesichts der in drei Wochen gesammelten 800 Unterschriften scheint dies durchaus machbar. Vieles wird jedenfalls davon abhängen, wieviel Unterstützung wir bei den geplanten Diskussions-, Informations- und Kulturveranstaltungen erhalten.

begründeter Angst vor politischer, rassischer oder religiöser Verfolgung gewährt wird“. Angesichts dessen, daß die Anerkennungsquote für Asylwerber bereits jetzt gegen Null tendiert, eine gefährliche Drohung.

Doch trotz aller Verschlechterungen sollte man sich keinem verklärten Blick in die Vergangenheit hingeben. Es ist müßig darüber zu diskutieren, ob Einem eigentlich anders wollte, aber nicht durfte. Doch fest steht, er hat in seiner Amtszeit keine grundlegenden Änderungen der Ausländerpolitik bewirkt. Und auch war er es, der das Schengener Abkommen für Österreich unterschrieb.

Abschiebung mit Zuckerl

Ein weiterer ausländerfeindlicher Vorstoß der letzten Wochen kam von SPÖ Klubobmann Kostelka. Mittels finanzieller Anreize (20.000- 25.000 öS) soll auf bosnische Kriegsflücht-

linge „sanfter“ Druck in Richtung Rückkehr ausgeübt werden. Die FPÖ ist hoch erfreut. Generalsekretär Westenthaler wies gleich darauf hin, daß die FPÖ schon im „Ausländer-raus-Begehren“ eine ähnliche Forderung hatte. Traurig aber wahr, die radikalste „offizielle“ Kritik kommt aus der Kirche. Caritas-Präsident Landau meinte richtig: „... Die Freiwilligkeit hört dort auf, wo man sozusagen sagt: Du darfst hier legal verhungern oder Du gehst freiwillig zurück.“ Auch aus der SPÖ Steiermark waren einige „Sager“ gegen die neuen Maßnahmen zu hören. Leider ist wiederum zu erwarten, daß den kritischen Worten keinen Taten folgen. Wir rufen zum aktiven Widerstand gegen diese ausländerfeindliche Politik auf. Aus- und inländische ArbeitnehmerInnen und Jugendliche haben ein gemeinsames Interesse: Sich nicht spalten und gegeneinander ausspielen zu lassen.

Nicht zusehen - aktiv werden: Ruf uns an: 0222/524 63 10